

# Die Bundeswehr wegtreten

Kongress der SDAJ beschließt Kampagne gegen deutsche Kriegseinsätze. **Von Johannes Supe**

Für die Jugend sind sie ja irgend-  
wie alle. Auch die Bundeswehr.  
Die gab zuletzt Millionen aus,  
um Schüler und Studierende für das  
deutsche Militär zu begeistern. Mittel  
der Wahl waren dabei flächendeckende  
Plakate mit Slogans wie »Krisen-  
herde löschst du nicht mit abwarten  
und Tee trinken«. Der Erfolg: Zwar  
stehen noch immer viele Jugendliche  
der Truppe und ihren Kriegen kritisch  
gegenüber, einzelne Einsätze stoßen  
aber vermehrt auf Zustimmung. So die  
»Mission« in Syrien. Für die Jugend  
sind aber auch die Kommunisten der  
SDAJ. Die schlagen andere Töne an:  
»Unsere Aufgabe ist es, den Azubis,  
Schülern und Studenten zu zeigen,  
dass diese Einsätze niemals gut sind!«

Am vergangenen Wochenende fand  
der 22. Bundeskongress der Sozial-  
istischen Deutschen Arbeiterjugend  
(SDAJ) statt. Mehr als 130 Delegierte  
des Jugendverbands fanden sich im  
hessischen Eschborn zusammen. Sie  
beschlossen eine antimilitaristische  
Kampagne. Zudem bestimmten die  
jungen Kommunisten eine neue Lei-  
tung um den 26-jährigen Studenten Jan  
Meier. Der frühere Vorsitzende Paul  
Rodermund trat aus beruflichen Grün-  
den nicht erneut zur Wahl an.

»Die Politik der NATO-Staaten ver-  
schärft die Kriegsgefahr«, eröffnete  
Meier den Kongress. Gerade in Syrien  
werde das deutlich. Seit Ende vergan-  
genen Jahres ist dort auch das deutsche  
Militär mit der Entsendung von »Tornado-  
Kampfflugzeugen« involviert. Die  
NATO-Staaten stünden dort Russland  
gegenüber. »Doch der russische Einsatz  
ist anders zu bewerten«, sagte Meier.  
Russland schaffe »dringende benötigte  
Spielräume« für Verhandlungen, agiere  
auf Bitten der dortigen Regierung. Das



Schon in der Vergangenheit organisierte die SDAJ Jugendliche gegen das deutsche Militär, hier etwa in Form eines Jugendblocks bei der traditionellen Luxemburg-Liebkecht-Demonstration (Berlin, 11. Januar 2015)

von den USA geführte Bündnis breche  
hingegen mit seinen Bombardierungen  
das Völkerrecht.

Die Bundesrepublik befinde sich  
dabei im »Windschatten der USA«,  
so Meier, der seinen richtigen Na-  
men nicht in der Zeitung lesen will.  
Dennoch vertrete sie ihre eigenen In-  
teressen. »Langfristig wird der deut-  
sche Imperialismus den US-Imperialis-  
mus in Frage stellen.« Noch fehle es  
Deutschland dafür aber an Kraft.  
Doch die BRD nutze ihre Dominanz  
in der Europäischen Union, um sich  
auf diese Konfrontation vorzubereiten.  
Im Inland würden Mittel bei Bildung  
und Sozialen gestrichen, während das

Militär weiter aufgerüstet würde.

Dagegen wollen die Jungkommuni-  
sten nun mobil machen. Die Delegier-  
ten stimmten für die Kampagne »Stop  
Wars – Gemeinsam gegen ihre Krie-  
ge!«, die vom Sommer 2016 bis zum  
kommenden Frühjahr stattfinden soll.  
Die soll, wie es im Antrag heißt, »anti-  
militaristisches Bewusstsein unter der  
deutschen Arbeiterjugend verbreiten«.  
Angedacht sind etwa Störaktionen ge-  
gen Bundeswehr-Auftritte, etwa wenn  
diese Schulen besucht. Unter Azubis,  
Schülern und Studenten sollen zudem  
Unterschriften für einen Aufruf gegen  
Krieg gesammelt werden. In ihm wer-  
den etwa der Stopp von Rüstungsex-

porten und der Abzug deutscher Sol-  
daten aus fremden Ländern gefordert.

Kritisch äußerten sich verschiedene  
Delegierte zur Entwicklung der SDAJ,  
der einige hundert Mitglieder angehö-  
ren. Noch immer stellten Studierende  
den größten Teil des Verbands (gut 40  
Prozent). Weniger stark vertreten sind  
Auszubildende und junge Beschäftig-  
te. »Der Verband ist nicht wesentlich  
gewachsen, wird älter und unsere Ver-  
ankerung in den Schulen geht zurück«,  
warnte ein Kieler Genosse. Gerade in  
den Bildungsstätten soll nun vermehrt  
politisch gearbeitet werden.

■ Siehe Interview Seite 8

Dienstag, 22. März 2016, Nr. 69 **iw**

## »Unsere Schulen lässt man vergammeln«

Im Kampf gegen Krieg und Faschismus will die SDAJ die sozialen  
Interessen Jugendlicher in den Vordergrund rücken. **Gespräch mit Jan Meier**

**D**er 22. Bundeskongress der  
SDAJ ist vorbei, die jungen  
Kommunisten haben eine  
neue Leitung gewählt. An der Spit-  
ze des Verbands stehen nun Sie,  
Herr Meier. Wobei: Meier heißen  
Sie gar nicht. Warum wollen Sie ih-  
ren richtigen Namen nicht nennen?

Ich studiere Geschichte und Sozialwis-  
senschaften, und das auf Lehramt. Doch  
für Lehramtsbewerber gibt es Regel-  
abfragen beim Verfassungsschutz, wir  
werden also durchleuchtet. Die Radika-  
lerelasse, durch die in den 70ern viele  
Mitglieder von DKP und SDAJ mit Be-  
rufsverboten belegt wurden, liegen noch  
immer in der Schublade. Es ist erst weni-  
ge Jahre her, dass in Baden-Württemberg  
ein Lehrer, der als Antifaschist bekannt  
war, nicht eingestellt werden sollte.

**Auch die Zahl ihrer Mitglieder gibt  
die SDAJ nicht bekannt. Weshalb  
so klandestin?**

Es ist eben noch immer Politik dieses  
Staates, die auszugrenzen, die für die  
Rechte der arbeitenden und lernenden  
Jugend eintreten, die nicht einverstan-  
den mit Bundeswehr-Einsätzen und dem  
deutschen Imperialismus sind. Wir er-  
greifen also Schutzmaßnahmen. In die  
Öffentlichkeit treten wir aber trotzdem:  
Viele Mitglieder der SDAJ sind in ihrem  
Umfeld bekannt als aktive Kämpfer und  
Kämpferinnen, etwa gegen Leiharbeit  
und miese Löhne.

**Also reden wir über Ihren Ver-  
band. Der ist in den vergangenen  
Jahren kaum gewachsen. Woran  
liegt das?**

Innerhalb des Verbands ist es uns gelun-  
gen, die Aktivitäten der Genossen und  
Genossinnen zu steigern. Wir werden  
also aktiver. Aber neue Jugendliche für  
den Kampf zu gewinnen, das schaffen  
wir noch zu wenig. Natürlich sind wir da

Jan Meier ist Bundesvorsitzender  
der Sozialistischen Deutschen  
Arbeiterjugend (SDAJ)

mit einem massiven Antikommunismus  
konfrontiert. Aber in den nächsten zwei  
Jahren wird das unsere zentrale Aufgabe  
werden.

Darüber ist auch auf diesem Bundes-  
kongress gesprochen worden, verschie-  
dene Maßnahmen haben wir nun be-  
schlossen. In möglichst vielen Städten  
wollen wir offene Treffen gegen Krieg  
initiiieren. Die können ganz unterschied-  
lich aussehen. Das mag etwa ein anti-  
militaristisches Café sein, bei dem sich  
Filmvorführungen und Kulturbeiträge  
mit Vorträgen abwechseln. Wir möchten  
den Jugendlichen einen Raum bieten,  
um ganz einfach zusammenzukommen.  
Dann kann man sich regelmäßig traf-  
fen und gemeinsam Aktivitäten planen,  
beispielsweise, wenn die Bundeswehr  
in Jobcentern oder an Schulen auftritt.  
Denn mittlerweile ist es in Deutschland  
so weit, dass fast alle sechs Monate ein  
neuer Kriegseinsatz beschlossen wird.

**Die Rechten legen einen noch höhe-  
ren Takt vor: Praktisch jede Woche  
gibt es eine Demonstration gegen  
Geflüchtete. Ist Ihr Verband da  
auch aktiv?**

Nahezu alle SDAJ-Gruppen arbeiten im  
Bereich Antifaschismus. Sie beteiligen  
sich dabei auch an Blockaden gegen die  
Aufmärsche von Pegida, AfD, NPD und  
Co.

**Und schafft man beides? Ständige  
Gegenproteste und dazu perman-  
ent auf die Kriegsgefahr hinwei-  
sen, ist das mit Ihren begrenzten  
Ressourcen denn möglich?**

Sicherlich zehrt es auch an unseren  
Kräften. Doch wir haben eine andere  
Orientierung als manche Antifagrup-

pen. Da, wo wir arbeiten und leben – in  
der Schule, im Betrieb, im Stadtteil –,  
da wollen wir mit unseren Mitschülern  
und Azubis diskutieren. In Deutschland  
sind es die Banken und Konzerne, die  
laufend unsere Löhne kürzen. Sie sind  
aber nicht nur die Verursacher von so-  
zialen Problemen, sondern sie schaffen  
auch die Gründe für Flucht. Waffenliefe-  
rungen und Kriegseinsätze werden von  
der Bundesregierung in ihrem Interesse  
beschlossen. Gleichzeitig wird unsere  
Bildung verschlechtert, unsere Schulen  
lässt man vergammeln. Genau darüber  
wollen wir sprechen, und klarmachen,  
dass auch Pegida und AfD nicht unsere  
Vertreter, sondern die des Großkapitals  
sind. Ein Antifaschismus aber, der nur  
sagt, wie böse Rassismus ist, der greift  
zu kurz.

**Das zu sagen ist die eine Sache, das  
in die Tat umzusetzen eine andere.  
Da scheint es auch bei Ihnen zu  
hapern?**

Es gibt Beispiele, wo es sehr gut gelaufen  
ist. Die Genossen und Genossinnen  
in Witten haben etwa in ihrer Schule  
angefangen, kleine Plakate und Zettel  
aufzuhängen. »Warum liefert Deutsch-  
land Waffen an IS-Unterstützerstaaten?«  
hieß es darauf, oder »Hände weg von  
Syrien!« Im Unterricht war darüber nicht  
geredet worden. Doch jetzt begann die  
Schülerschaft, darüber zu sprechen.

Später gründete sich in Witten eine  
Bürgerwehr. Wenige Tage danach brannte  
im Ort eine Flüchtlingsunterkunft  
ab. Daraufhin beteiligte sich die SDAJ-  
Gruppe an einem breiten Bündnis, eine  
Demonstration gegen Rassismus und  
Gewalt wurde auf die Beine gestellt.  
1.000 Menschen beteiligten sich daran,  
was für die kleine Stadt ziemlich beacht-  
lich ist.

Interview: Johannes Supe